

**Bitte beachten Sie, dass der ursprüngliche Beschlussvorschlag in den Vorlagen im Beratungsgang nicht verändert wird. Abweichende Beschlüsse der befassenen Gremien können Sie den Anlagen, Niederschriften oder den Beschlussauszügen im Gremienportal entnehmen.**



<b>Antrag</b>	
<b>- öffentlich -</b>	
<b>AT-8/2022</b>	
Antragssteller:	Gemeinsamer Antrag der FWG und der CDU
Fachdienst:	10.2 FD Gremienarbeit
Sachbearbeiter/in:	Bärbel Klaus
Datum	31.01.2022

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Stadtverordnetenversammlung	10.02.2022	beschließend

**Betreff:**

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen FWG und CDU: Resolution an den Bürgermeister zur menschenwürdigen Unterbringung von Geflüchteten

**Antrag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt nachfolgende Resolution an den Magistrat/Bürgermeister der Stadt Nidderau:

Die Verwaltung erarbeitet kurzfristig ein nachhaltiges Konzept zur Unterbringung der der Stadt Nidderau zugewiesenen Geflüchteten. Auf eine angemietete Sammelunterkunft soll dabei grundsätzlich verzichtet werden. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt ausschließlich die kurzfristige Unterbringung einer großen Anzahl von Geflüchteten in stadteigenen Liegenschaften.

Die Verwaltung trägt dafür Sorge, dass es nicht zur dauerhaften Unterbringung (länger als zwei Monate) in Sammelunterkünften kommt. Auf eine proportionale Verteilung entsprechend der Einwohnerzahlen der einzelnen Stadtbezirke sollte mit Hinblick auf die Möglichkeiten einer verbesserten Integration Rücksicht genommen werden. Die Einrichtung eines psychologischen Dienstes sowie einer Taskforce zur Unterstützung bei der Traumabewältigung unterstützen wir ausdrücklich.

**Finanzielle Auswirkungen:**

**Begründung:**

Der Stadt Nidderau wurde seitens des Kreises avisiert, dass im Jahr 2022 150 Geflüchtete nach Nidderau kommen werden, die menschenwürdig untergebracht werden müssen. Viele dieser Menschen sind schwer traumatisiert und bedürfen neben Sprachkursen und Hilfen zur Integration psychologischer Unterstützung. Die Stadtverordnetenversammlung möchte mit dieser Resolution bekräftigen, dass bei einer Unterbringung in Sammelunterkünften, eine Unterstützung der Geflüchteten nicht gewährleistet werden kann. Sie spricht sich dafür aus, rechtzeitig vor dem Eintreffen der Menschen, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

**Freigabe:**

gez. @GEZ@

gez. Corinna Wagner

gez. Bärbel Klaus

---

Dezernatsleiter/in

FB-Leiter/in

FD-Leiter/in / Sachbearbeiter/in